

## **Antrag**

der Fraktion der SPD, der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen und der Fraktion Die Linke

### **Rettung der Krisenhäuser – Evaluation der Krisenhäuser (nach § 67 SGB XII) mit dem Ziel der langfristigen Sicherung der Einrichtungsform**

Das Abgeordnetenhaus wolle beschließen:

Der Senat wird aufgefordert, bis zum 30. April 2023 eine Evaluation der Finanzierung der Krisenhäuser nach §§ 67 ff. SGB XII durchzuführen. Ziel ist die langfristige Sicherung der Einrichtungsform über das Jahr 2023 hinaus sowie der bedarfsgerechte Ausbau des Angebotes.

Bis zum Ende des Jahres 2023 wird die Finanzierung der bestehenden Häuser gesichert und eine Wiedereröffnung des vor Kurzem geschlossenen Hauses ermöglicht.

### ***Begründung***

Für Menschen, die sich in akuten psychosozialen Krisensituationen befinden und denen der Verlust der Wohnmöglichkeit droht oder die bereits wohnungslos sind, stehen in Berlin aktuell zwei stationäre Krisen- und Clearingeinrichtungen bereit. Bis vor Kurzem gab es noch eine dritte Einrichtung, welche sich ausschließlich um Frauen kümmerte und ihnen Schutz und Hilfe bot. Diese musste aufgrund einer niedrigen Belegung schließen.

Finanziert werden diese Einrichtungen über die Hilfen zur Überwindung besonderer sozialer Schwierigkeiten nach §§ 67 ff. Zwölftes Buch Sozialgesetzbuch (SGB XII) (sogenannte 67er-Hilfen). Die Hilfen zur Überwindung besonderer sozialer Schwierigkeiten nach §§ 67 ff. Zwölftes Buch Sozialgesetzbuch (SGB XII) (sogenannte 67er-Hilfen) sind als persönliche Hilfen ein zentrales Werkzeug zur Verhinderung und Beendigung von Wohnungslosigkeit. Eine Besonderheit der Krisen- und Clearinghäuser ist, dass sie Menschen in Krisensituationen aufnehmen können, ohne dass zunächst eine Kostenübernahme bzw. ein Bescheid vorliegen muss. Damit wird dem Bedarf der Zielgruppe und der Besonderheit der Ausnahmesituation Rechnung

getragen. Bei Vorliegen der Anspruchsvoraussetzungen zum Zeitpunkt der Aufnahme und fristgerechtem Eingang der Aufnahmebegründung durch den Leistungserbringer erfolgt die Kostenübernahme rückwirkend ab dem Aufnahmetag durch das bezirkliche Sozialamt.

In den letzten Jahren waren die Krisenhäuser zum Teil unzureichend ausgelastet und daher nicht auskömmlich finanziert. So musste das Krisenhaus für Frauen der Bürgerhilfe Kultur des Helfens gGmbH im Bezirk Reinickendorf erst vor Kurzem schließen.

Gründe hierfür sind die mögliche Hochschwelligkeit der Hilfen nach §§ 67 ff. SGB XII, die uneinheitliche Bedarfsfeststellung und Bewilligungspraxis in den sozialen Wohnhilfen als auch die Wirkung der besonderen Finanzierungssystematik der 67er-Leistungen in Berlin, welche in einer eigenen Evaluation untersucht werden sollen. Mit der Evaluation sollen alle angesprochenen Problematiken ergebnisoffen untersucht und nach Auswertung ein nachhaltiges und langfristiges Konzept zum Erhalt der Krisenhäuser erarbeitet werden.

Auf einem von der Senatsverwaltung für Integration, Arbeit und Soziales initiierten Fachtag am 11.02.2022 haben sich bereits Vertreter\*innen der bezirklichen Sozialen Wohnhilfen/Fachstellen für Wohnungsnotfälle, die Fachreferent:innen der Liga der Spitzenverbände der Freien Wohlfahrtspflege sowie die Geschäftsleitungen der Krisenhäuser und der sozialen Träger eindringlich dahingehend geäußert, dass auch weiterhin ein Bedarf nach dem Leistungstyp Krisenhaus im Berliner System der Wohnungsnotfallhilfe besteht. Darüber hinaus wurden auf dem Fachtag Maßnahmen verabredet, um ein einheitliches Vorgehen der Bezirke im Rahmen der Leistungsgewährung sicherzustellen. Die Senatsverwaltung für Integration, Arbeit und Soziales hat in der Folge ein dementsprechendes Rundschreiben verschickt. Nun geht es darum, bis zur Erarbeitung des langfristigen Konzeptes auch die Finanzierung der bestehenden Häuser zu sichern und gleichzeitig der Bürgerhilfe wieder eine Perspektive auf baldige Wiedereröffnung des Krisenhauses für Frauen zu geben. Der Senat wird daher aufgefordert, eine sichere und auskömmliche Finanzierung bis zur Erarbeitung des Konzeptes sicherzustellen.

Berlin, den 11. Oktober 2022

Saleh            Düsterhoft  
und die übrigen Mitglieder der Fraktion  
der SPD

Gebel           Graf           Kurt  
und die übrigen Mitglieder der Fraktion  
Bündnis 90/Die Grünen

Helm            Schatz           Fuchs  
und die übrigen Mitglieder der Fraktion  
Die Linke